

Steigende Bürgergeld-Ausgaben: Ein Blick auf Kinder und Jugendliche in Deutschland

Deutschland gab 2023 etwa 5,6 Milliarden Euro Bürgergeld für 1,8 Millionen Kinder aus. Ein Blick auf steigende Trends und Ausgaben.

Berlin – Die Sozialausgaben Deutschlands haben im vergangenen Jahr maßgeblich für Kinder und Jugendliche zu Buche geschlagen. Rund 5,6 Milliarden Euro wurden im Rahmen des Bürgergeldes für diese Altersgruppe aufgewendet, was eine bedeutende Entwicklung für die sozialpolitische Landschaft des Landes darstellt. Diese Informationen stammen aus einer offiziellen Antwort des Bundessozialministeriums auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer.

Anstieg der berechtigten Minderjährigen

Ende des Jahres 2023 waren etwa 1,8 Millionen Minderjährige berechtigt, Bürgergeld zu beziehen. Dieser Anstieg ist bemerkenswert, zumal die Zahl der leistungsberechtigten Kinder im Vergleich zu 2010 (1,67 Millionen) gestiegen ist. Das Bürgergeld, zuvor bekannt unter dem Begriff Hartz IV, hat sich somit als wichtige finanzielle Unterstützung für zahlreiche Familien etabliert.

Demografischer Wandel und seine Folgen

Die Bürgergeld-Zahlungen für Kinder sind im Zeitverlauf ebenfalls explodiert: Während 2010 nur 3,3 Milliarden Euro dafür ausgegeben wurden, haben die aktuellen Ausgaben eine

beträchtliche Steigerung erfahren. Diese Entwicklung fällt zeitlich zusammen mit einem Anstieg der Gesamtbevölkerung, die von 80,3 Millionen auf 84,7 Millionen gestiegen ist, von denen 14,3 Millionen unter 18 Jahre alt sind.

Ein unverändertes Ausgabenverhältnis

Beachtenswert ist, dass der Prozentsatz der Kinder, die Bürgergeld beziehen, Ende letzten Jahres bei stabilen 12,6 Prozent blieb. Dies deutet darauf hin, dass trotz der wachsenden Anzahl an berechtigten Minderjährigen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, der Anteil der unterstützten Kinder konstant geblieben ist.

Sich verändernde Migrationsstrukturen

Ein weiteres zentrales Thema ist die Verschiebung zwischen einheimischen und ausländischen Minderjährigen, die Bürgergeld erhalten. Während 2010 noch 1,37 Millionen deutsche und 304.000 ausländische Kinder Anspruch auf diese Hilfe hatten, hat sich das Verhältnis bis Ende 2023 auf 907.000 deutsche zu 894.000 ausländische Leistungsberechtigte verschoben. Besonders auffällig ist, dass die größte Gruppe unter den ausländischen Minderjährigen aus der Ukraine stammt, gefolgt von Syrien, EU-Ländern und Afghanistan.

Politische Reaktionen und Forderungen

Die steigenden Kosten und die damit verbundenen demografischen Veränderungen haben Politiker wie René Springer dazu veranlasst, eine Neubewertung der Migrationspolitik zu fordern. Springer argumentiert, dass eine „Migrationswende“ notwendig sei, um die Anreize zur Migration in die sozialen Systeme zu überprüfen und gegebenenfalls zu reformieren.

Diese Entwicklungen sind nicht nur für die betroffenen Familien

von Bedeutung, sondern werfen auch Fragen hinsichtlich der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland auf. Der Umgang mit diesen Herausforderungen wird entscheidend sein, um eine nachhaltige Lösung zu finden, die sowohl die Bedürfnisse der Minderjährigen als auch die finanziellen Ressourcen des Staates berücksichtigt.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de